

Klaus Bittermann & Christoph Hesse (Hg.)
Umkämpfte Geschichte

THEORIE & DEBATTE Bd. 1

Herausgeber:

Jan Gerber, Klaus Bittermann, Remko Leemhuis

Wir danken dem AJC Berlin Lawrence & Lee Ramer Institute for German-Jewish Relations für die freundliche Unterstützung dieser Publikation.



Wir danken allen Autorinnen und Autoren, die uns ihre Beiträge für dieses Buch zur Verfügung gestellt haben.

© der Beiträge liegt bei den Autoren.

Edition
TIAMAT

Deutsche Erstveröffentlichung

1. Auflage: Berlin 2026

© Verlag Klaus Bittermann

Grimmstr. 26 – 10967 Berlin

Alle Rechte vorbehalten

www.edition-tiamat.de

mail@edition-tiamat.de

Buchcovergestaltung: Felder Kölnberlin Graphikdesign

Druck & Bindung: cpi books GmbH Leck

ISBN: 978-3-89320-335-2

Klaus Bittermann
Christoph Hesse (Hg.)

Umkämpfte Geschichte

Einsprüche gegen die Umdeutung des
7. Oktober

Mit Beiträgen von:

Paul Berman, Alexander Bogner, Pascal Bruckner, Bruno
Chaouat, Norman Goda, Jeffrey Herf, Caspar Hirschi, Eva
Illouz, Jürgen Kaube, Philipp Lenhard, Benny Morris,
Doron Rabinovici, Anne Rethmann, Richard Schuberth,
Dana von Suffrin



Critica
Diabolis
346

Edition
TIAMAT

Für Tania Martini

Inhalt

Klaus Bittermann & Christoph Hesse
Kein Ende in Sicht. Vorwort – 7

Eva Illouz
Ist Antizionismus eine Form des Antisemitismus? – 13

Philipp Lenhard
»Go back to Poland!« Das Paradigma des Siedlerkolonialismus – 23

Doron Rabinovici
Die Ächtung. Über den Boykott Israels – 43

Anne Rethmann
Im Namen der Moral. Akademische Boykottaufrufe – 56

Alexander Bogner & Caspar Hirschi
Rollentausch von Aktivisten und Antiakademikern – 69

Benny Morris
Der Krieg gegen die Geschichte. Zu Rashid Khalidis
»Der hundertjährige Krieg um Palästina« – 81

Philipp Lenhard
Mit Adorno gegen Israel. Replik auf A. Dirk Moses – 98

Eva Illouz
Omer Bartov und die Grenzen des historischen Vergleichs – 112

Klaus Bittermann
Wie Pankaj Mishra die Welt nach Gaza sieht – 125

Norman J.W. Goda
Begeht Israel einen Völkermord? – 136

Bruno Chaouat
Der Begriff »Genozid« im postmodernen Denken – 152

Eva Illouz
Völkermord? Im Ernst? – 169

Jeffrey Herf
Der Genozidvorwurf und die Verharmlosung der Hamas – 181

Richard Schuberth
And the Winner ist ... Hamas! – 193

Paul Berman
Ein dummer Cartoon und die Universitätsideologie – 202

Klaus Bittermann
Auf der Suche nach der Identität – 235

Christoph Hesse
Erlöse uns von dem Bösen – 271

Pascal Bruckner
Ein imaginäres Palästina – 279

Jürgen Kaube
Staat als Wille und Vorstellung – 290

Dana von Suffrin
Schon wieder ein Goldenes Zeitalter vorbei – 294

Autoren und Texte – 300

Kein Ende in Sicht

Vorwort

Christoph Hesse & Klaus Bittermann

Zwei Jahre nach dem Massaker der Hamas vom 7. Oktober 2023 ging der Krieg in Gaza mit einem Waffenstillstand zu Ende, von dem allerdings kaum jemand erwartet, dass er der seit Jahrzehnten umkämpften Region den von Donald Trump in Aussicht gestellten »ewigen Frieden« bescheren wird. Unterdessen werden die seither entbrannten Debatten auch hierzulande unvermindert heftig weitergeführt. Diese Schlacht hat Israel jedenfalls verloren.

Das bekommen Juden überall auf der Welt zu spüren, nicht nur diejenigen, die Israel ausdrücklich wohlgesinnt sind. Während Palästina, ein *de facto* nicht existierender Staat, von immer mehr Ländern *de iure* anerkannt wird, steht Israel allenthalben am Pranger. In Europa werden immer mehr israelische Institutionen, Organisationen, Künstler, Sportler, Wissenschaftler usw. boykottiert. Dafür mag auch die in Israel selbst höchst umstrittene rechte Regierung Netanjahus mitverantwortlich sein, doch deutet nichts darauf hin, dass eine im Herbst 2026 möglicherweise gewählte linke oder liberale Regierung daran etwas ändern würde. Schließlich waren die Bemühungen der sozialdemokratischen Premierminister Barak und Olmert um einen friedlichen Kompromiss mit den Palästinensern nicht etwa an mangelnder Bereitschaft der Israelis gescheitert. Die Vorbehalte, die Ablehnung und der unverhohlene Hass, der Israel heute auch aus liberalen Ländern entgegenschlägt, hängt offenbar nicht von Entscheidungen oder Handlungen der jeweiligen Regierung ab. Ebenso wenig nimmt die den Palästinensern bekundete Sympathie an den Entscheidungen Anstoß, die deren Organisationen, nicht zuletzt zum Schaden der eigenen Bevölkerung, treffen. Und nicht einmal an den Verbrechen, die sie

sowohl an Israelis als auch den Palästinensern selbst begehen, die sie ihrem aussichtslosen Kampf gegen Israel opfern.

Die im Oktober 2025 vereinbarte Waffenruhe gibt wenig Grund zur Hoffnung. Wenn die Hamas ihre Waffen abgäbe, wie es das provisorisch ausgehandelte Abkommen vorsieht, würde sie ihre Seele verlieren, erklärte Khaled Meshaal, Auslandschef der islamistischen Terrororganisation.¹ Die Hamas, das hat sie mit ihren zahllosen Angriffen auf Israel seit ihrer Machtübernahme in Gaza 2007 deutlich gemacht, lehnt eine friedliche Koexistenz mit einem jüdischen Staat in Palästina kategorisch ab, ganz gleich, zu welchen taktischen Zugeständnissen sie sich einstweilen bereit erklären mag. Kaum war die Waffenruhe in Kraft getreten, priesen ihre Führer sogleich »Stolz, Heldentum und Ehre« der Palästinenser, die sich der »faschistischen Besatzungsmacht« entgegengestellt hätten. Auch künftig werde sie »die nationalen Rechte unseres Volkes nicht aufgeben«.² Das »Ende der Besatzung«, für das sie erklärtermaßen kämpft, wäre erst mit einem Ende Israels erreicht. Und selbst dann, so steht zu vermuten, wäre der dort seit langem fest etablierte und kultivierte Hass auf die Juden noch nicht verschwunden. Dass »die Inhalte der palästinensischen Bildungsinstitutionen, vom Kindergarten bis hin zu Hochschulen, von antiisraelischen und antisemitischen Inhalten befreit werden«³ müssten, wie ein Kommentator meinte, bleibt ein frommer Wunsch.

In Gaza ist die Hamas längst dabei, ihre durch den Krieg zeitweilig erschütterte Macht wieder zu stabilisieren, wie die *FAZ* berichtet: »Der frühere Leiter der Palästinenserabteilung des israelischen Geheimdienstes, Michael Milshtein, schätzt, dass die Islamisten noch über 30.000 Kämpfer verfügen. Das wären kaum weniger als vor dem Krieg, in dem Israels Armee nach eigenen Angaben Zehntausende Kämpfer getötet haben will. »Die Hamas konnte enorm viele neue Mitglieder anwerben,

1 *Jüdische Allgemeine*, 11. Dezember 2025.

2 *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 29. Oktober 2025.

3 *Süddeutsche Zeitung*, 9. Dezember 2025.

vermutet Milshtein. Viele von ihnen seien jung und weniger erfahren als die führenden Köpfe, die die israelische Armee in den vergangenen zwei Jahren getötet hat. »Aber ideologisch sind sie extrem gefestigt. Sie sind bereit, im Kampf zu sterben.«⁴ Und nach wie vor können sie sich dabei auf die Unterstützung der Mehrheit der Bevölkerung verlassen.

Eine Umfrage des Palestinian Center for Policy and Survey Research vom Oktober 2023 ergab, dass 69 Prozent der Palästinenser eine Entwaffnung der Hamas ablehnen: 55 Prozent im Gazastreifen, 87 Prozent im Westjordanland. Wenn zugleich 80 Prozent aller Befragten Mahmud Abbas, den Chef der Palästinensischen Autonomiebehörde, für korrupt halten, entspricht dieser Eindruck sicherlich der Wirklichkeit; zu befürchten ist allerdings nur Schlimmeres, nämlich eine Machtübernahme der dort überaus populären Hamas auch im Westjordanland. Aufschlussreicher noch sind die Ergebnisse einer bereits im Oktober 2023 durchgeführten Studie. Demnach wollte die Mehrheit der Palästinenser nicht wahrhaben, dass ein Massaker an Israelis, von dem die Hamas etliche Videoaufnahmen in die Welt hinausgesendet hatte, überhaupt stattgefunden hat. Zugleich befand mehr als die Hälfte der Befragten den Angriff auf Israel für richtig. Den darauf folgenden Einmarsch der israelischen Armee hielten 86 Prozent nicht nur für ungerechtfertigt, sondern auch für einen in genozidaler Absicht geführten Krieg gegen die Palästinenser.

Das sehen ansonsten durchaus ernstzunehmende Leute in Amerika und Europa ganz ähnlich. Die »genozidale Botschaft« (Dan Diner), die die Hamas und ihre willigen Helfer an jenem 7. Oktober nicht nur Israel, sondern allen Juden in aller Welt übermittelt hatten, wurde außerhalb Israels als solche kaum wahrgenommen. Auch von den 250 Personen, die dabei als Geiseln in den Gazastreifen verschleppt worden waren, wo sie, wie man heute weiß, über Hunderte von Tagen gedemütigt und

4 *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 18. Dezember 2023.

misshandelt und viele von ihnen schließlich ermordet wurden, war auf den zahllosen Protestkundgebungen auf der ganzen Welt nicht die Rede. Stattdessen wurde, in zunehmender Lautstärke und Reichweite, ein »Genozid« in Gaza behauptet, von dem man wissen könnte, dass es sich dabei um einen zynischen Propaganda-Coup der Hamas handelt, die von Israel bekommen hat, was sie wollte: einen verheerenden Krieg nach von ihr vorab festgelegten Regeln. Nachdem ihre verwegene Hoffnung auf einen unmittelbar folgenden Angriff der Hisbollah und des Iran auf Israel sich nicht erfüllt hatte, ging es ihr vor allem darum, die militärisch überlegene israelische Armee in dicht besiedelten Gebieten in Kämpfe zu verwickeln, auf dass die Welt genau den Eindruck gewinne, der sich bis heute denn auch weithin verfestigt hat: Israel begeht einen Völkermord. Unschuldige und gleichermaßen wehrlose Menschen würden in der Absicht getötet, das »palästinensische Volk« zu vernichten. Dass das nicht der Wahrheit entspricht, ließe sich leicht feststellen.⁵ Die Bereitwilligkeit, mit der diese Geschichte aufgenommen und weiterverbreitet wird – und zwar nicht nur vom *lunatic fringe* der »Palästina-Solidarität«, sondern von Regierungen, einflussreichen Intellektuellen oder Künstlern, NGOs usw. –, lässt allerdings vermuten, dass es dabei um etwas anderes als um Wahrheit geht. Statt die Verhältnismäßigkeit der Mittel zu diskutieren, herrscht das Bedürfnis vor, Israel zu beschuldigen, wenn nicht schlechthin für illegitim zu erklären. Das ist offenbar stärker als der Wunsch, die Ereignisse so rational wie irgend möglich zu begreifen.

Das zumindest versuchen die im vorliegenden Band versammelten Beiträge von Autorinnen und Autoren aus Europa,

5 Siehe Danny Orbach / Jonathan Boxman / Yagil Henkin / Jonathan Braverman, »Debunking the Genocide Allegations: A Reexamination of the Israel-Hamas War from October 7, 2023 to June 1, 2025«, [https:// besacenter.org/wp-content/uploads/2025/09/213-2.9.2025-Edited.pdf](https://besacenter.org/wp-content/uploads/2025/09/213-2.9.2025-Edited.pdf)

Amerika und Israel, die damit zugleich Einspruch erheben gegen eine Umdeutung der Geschichte, wie sie seit bald zwei Jahren auf unterschiedlichen Ebenen betrieben wird: in der Politik, der Wissenschaft und der alltäglichen Publizistik, von Social Media ganz zu schweigen.

Berlin, Dezember 2025

Ist Antizionismus eine Form von Antisemitismus?

Eva Illouz

Wenn die Annahmen, mit denen die beiden Seiten einer Kontroverse ihre Argumente vorbringen, als vorausgesetzt angesehen werden und damit unausgesprochen bleiben, blockieren sie das Denken und verschleiern das Urteil. Lassen Sie mich daher meine eigenen Annahmen darlegen, wenn ich eine Frage anspreche, die seit dem 7. Oktober (und schon davor) im Zentrum vieler Debatten steht: Ist Antizionismus eine Form von Antisemitismus?

Meine erste Annahme ist, dass ethnischer oder rassischer Hass auf binären Unterscheidungen und Hierarchien beruht – hier Christen, dort Juden, hier die Zivilisation, dort Primitive, hier Weiße, dort Schwarze. Diese Binärstrukturen sind tief in Sprache, Geschichten und Bildern verankert und verschwinden auch in scheinbar egalitären Gesellschaften wie den unseren nicht. Im Gegenteil, sie gedeihen dort. Politische Ideologien sind ein fruchtbarer Boden für solche Binärstrukturen.

Meine zweite Annahme ist, dass diese Kategorien nicht so leicht verschwinden – wie sehr wir auch gegen die grobe Vereinfachung und den Hass kämpfen, den sie mit sich bringen. Sie bestehen weiter und »bleiben kleben«, wenn auch auf gewundene und indirekte Weise. Als die Jim-Crow-Gesetze zur Rassentrennung in den USA aufgehoben wurden, wurden Schwarze fortan mit Kriminalität assoziiert; als der Feminismus Gesetzgebungen änderte, kam das Stereotyp der dämonisch-ehrgeizigen Frau auf. Hierarchische Binärstrukturen sind langlebig, weil ihre kognitiven und emotionalen Muster periodisch in neuen Formen wiedergeboren werden.

Die dritte Annahme ist, dass diese Hierarchien so tief in unser kulturelles Unterbewusstsein eingeschrieben sind, dass es viel mehr als bloß Bewusstsein für das eigene Denken erfordert, um

sie loszuwerden. Das kulturelle Unbewusste verschont niemanden, auch nicht Mitglieder diskriminierter Gruppen. Manche Frauen können sexistisch sein, manche Juden antisemitisch und manche Antikolonialisten rassistisch. Das Argument »Ich kann kein Sexist/Rassist/Antisemit sein, weil ich eine Frau/schwarz/Jude bin«, ist daher nicht akzeptabel. Und dass nun viele Antizionisten Juden sind, stellt grundsätzlich keinen Beweis dafür dar, dass ihre Ideologie nicht antisemitische Ansichten verbreitet und wiederverwertet. Aus genau diesem Grund habe ich diese Annahmen dargelegt – um eine der schwierigsten Fragen in der politischen Arena anzugehen: Ist Antizionismus eine verschlungene Form des Antisemitismus?

Die progressive Linke – Judith Butler, Pankaj Mishra, Masha Gessen, um nur einige prominente Namen zu nennen – hat viel Energie darauf verwendet, zwischen Antizionismus als politischer Ideologie und Antisemitismus als abscheulichem, irrationalen Gefühl zu unterscheiden. Sie taten dies aus zwei scheinbar guten, wenn auch trivialen Gründen: Erstens weil wir in der Lage sein müssen, israelische Politik zu verurteilen, wenn sie unsere Entrüstung verdient, ohne unter den üblen Verdacht zu geraten, antisemitisch zu sein. Zweitens weil einige Mitglieder des jüdischen und israelischen Establishments (allen voran Premier Netanjahu) gelegentlich den Vorwurf des Antisemitismus zynisch missbrauchen, um Vorwürfe zu unterdrücken, dass Israel gegen internationales Recht verstößt, Kriegsverbrechen begeht und nicht vorhat, eine unmoralische Besatzung zu beenden. So weit, so gut.

Dennoch sind viele liberale und linksgerichtete zionistische Juden wie ich über die aktuellen Formen des Antizionismus tief beunruhigt und davon überzeugt, dass er den Geist des Antisemitismus heraufbeschwört. Warum ist die Bewegung zur Emanzipation der Juden die einzige Nationalbewegung, die 120 Jahre nach ihrer Entstehung noch immer angefochten und verunglimpft wird? Und warum ist Israel der einzige Staat auf der Welt, dessen Existenz auf dem Spiel steht und der ein Thema für Debatten und höfliche Gespräche beim Dinner ist? Die ob-

sessive Beharrlichkeit, mit der Israel an den Pranger gestellt wird, zeigt mir zumindest, dass die Frage nach einer Nähe zwischen Antizionismus und Antisemitismus nicht vermieden werden kann – dem monotonen Mantra zum Trotz, dass sich diese Frage nicht stellen sollte. Um sie zu beantworten, brauchen wir eine Methode. Meine eigene folgt der naheliegenden Ansicht, dass rassistischer und ethnischer Hass erkennbar ist, wenn Mitglieder einer Gruppe anders behandelt werden als die anderer Gruppen. Und wenn sie mit entmenslichenden Bildern und Bedeutungen assoziiert werden.

Beim Versuch zu entscheiden, ob ein Wort, Verhalten oder eine Idee diskriminierend, sexistisch, rassistisch oder islamophob ist, hat sich die progressive Linke im Großen und Ganzen der Einschätzung von Mitgliedern der betroffenen Minderheit unterworfen. Das ist der einzig logische Weg, denn wenn Diskriminierung oder Rassenhass einer Gruppe zum Vorteil und einer anderen zum Nachteil gereicht, können wir nicht die Gruppe, die die Kontrolle hat, darüber urteilen lassen, wie schädlich ihr eigenes Verhalten ist. Ob Männer »nur« ein Kompliment machen oder Frauen am Arbeitsplatz belästigen, wenn sie Kommentare über deren Dekolleté, Gesäß oder Figur machen, kann nur von Letzteren, nicht von Ersteren entschieden werden. Diese Annahme ist universell akzeptiert – außer in einem Fall: wenn es um Juden geht.

Viele Juden bestehen darauf, dass Antizionismus eine Form von Antisemitismus ist, doch diese Behauptung wurde und wird von derselben Linken weiterhin aus mysteriösen Gründen abgelehnt, die sonst allen Minderheiten das Recht einräumt, zu definieren, wann ihre Würde verletzt wird. Beispielsweise haben in vielen westlichen Demokratien Muslime erfolgreich geltend gemacht, dass Themen wie der Einfluss der Muslimbruderschaft in westlichen Gesellschaften oder die patriarchale Unterdrückung von Frauen durch den Schleier islamophob und westzentriert seien. Wir dürfen also fragen, warum das Äquivalent für Juden nicht gilt. Warum ist die Linke gegenüber jüdischen Hinweisen, dass Antizionismus zumindest sehr nahe mit Anti-

semitismus verwandt ist, taub geblieben? Darüber hinaus sind Juden meines Wissens die einzige Minderheit, die offen und systematisch verdächtigt wird, ihre Opferrolle (»die Shoah«) zu instrumentalisieren, um politische und symbolische Ziele zu erreichen. Ich habe nie gehört, dass ähnliche Vorwürfe gegen andere oder rassische Gruppen erhoben werden, zumindest nicht im liberalen Lager. Die Vorstellung, dass ein progressiv eingestellter Mensch Nachfahren der Sklaverei verdächtige, ihre Geschichte und Opferrolle politisch auszunutzen, ist für mich erschreckend. Doch genau das wird Juden beim Thema Antisemitismus routinemäßig vorgeworfen. Warum gibt es also eine so auffällige Asymmetrie zwischen jüdischen und nichtjüdischen Stimmen, wenn es um die Frage geht, was als Beleidigung ihrer Gruppe gilt?

Ich glaube, es gibt nur eine plausible Antwort: Obwohl Muslime (um beim Beispiel zu bleiben) demografisch, territorial und wirtschaftlich (im Gesamtvermögen) den Juden weit überlegen sind, werden sie als Minderheit betrachtet, während Juden – besonders wenn sie mit Israel assoziiert werden – dieser Status verweigert wird. Wenn Muslime zwei Milliarden Menschen oder fast 30 Prozent der Weltbevölkerung ausmachen und Juden kaum 15 Millionen oder 0,2 Prozent, qualifizieren sich diese eindeutig eher als schutzbedürftige Minderheit. Doch in westlichen Demokratien werden Juden als dominante Gruppe behandelt, eine Wahrnehmung, die durch die Tatsache gestützt wird, dass Israel ein Militärstaat ist, der zahlreiche Kriege gewonnen hat. Umfrage um Umfrage in Europa und den USA ergibt, dass ein Drittel oder mehr der Bevölkerung glauben, Juden hätten zu viel Macht. Interessanterweise glauben auch eher progressive jüngere Menschen häufiger, dass Juden zu viel Kontrolle über Wirtschaft und Medien hätten.

Diese Asymmetrie in der Behandlung von Islam und Judentum verrät eine doppelte Form der Diskriminierung: Der Islam wird als schutzbedürftig angesehen, trotz seiner territorialen Ausdehnung und religiösen Macht, was eine orientalistische Herablassung offenbart. Und den Juden, die implizit mit Macht

und Herrschaft assoziiert werden, wird der Minderheitenstatus entzogen. Mehr noch: Die einzige Möglichkeit, die Juden zur Verfügung stand, den Zionismus und die Tatsache, dass sie einen Staat benötigen, zu legitimieren, war stets der Verweis auf den fortbestehenden Antisemitismus – und dieses Argument entwertet sich ipso facto selbst. Die progressive Linke wischt das ganze Konzept des Zionismus vom Tisch, indem sie es reduktiv zur »scharfgemachten Instrumentalisierung« einer tragischen Historie umdeutet. So betrachtet solle der Begriff »Zionismus« durch seine Assoziation mit dem Judentum Israels Verbrechen rechtfertigen.

Die Verurteilung des Antisemitismus durch Juden wird tautologisch zum »Beweis« ihrer hinterhältigen Manipulation und disqualifiziert sie damit automatisch. Beachtenswert ist hier, dass die listigen Manöver des Iran und anderer muslimischer Länder, jede Kritik am Islam als Islamophobie zu diskreditieren, nie auf ähnliche Vorbehalte seitens der progressiven Linken gestoßen sind. Und so können wir ziemlich sicher sagen, dass die beiden wichtigsten Merkmale, die Antisemiten den Juden zugeschrieben haben, »zufällig« genau die sind, die heute Zionisten und dem Zionismus zugeschrieben werden: zerstörerische Macht und böswillige Ränkespiele, um sich der Verantwortung zu entziehen. Diese beiden antisemitischen Schlüsselmotive wurden vom Antisemitismus abgetrennt und auf den Zionismus übertragen.

Lassen Sie mich ein Dokument zitieren, das vom »Dyke March« in New York 2025 veröffentlicht wurde – der lesbischen Protestparade für mehr Sichtbarkeit. Das Dokument listet viele unterstützenswerte Forderungen auf: »Für körperliche Autonomie und reproduktive Gerechtigkeit; für die Befreiung aller unterdrückten Menschen; pro Einwanderer; bodyneutral und Fett-positiv; inklusiv für alle Religionen und spirituellen Praktiken; unterstützend für Sexarbeiter*innen; sex- und kink-positiv; generationenübergreifend; für Selbstfindung; nichthierarchisch; ein Ort für Gemeinschaft und queere Freude; inklusiv.« In dieser beeindruckenden Liste gibt es nur eine Sache, die

auf der Liste des Bösen steht: Zionismus. Urteilen Sie selbst: »Anti-zionistisch: Wir lehnen die nationalistische politische Ideologie des Zionismus ab, insbesondere so, wie sie von US-Institutionen propagiert wird, und die weiterhin zur Unterdrückung, Vertreibung und Marginalisierung des palästinensischen Volkes genutzt wird. Anti-Zionismus lehnt die imperialistische Vorstellung ab, dass das Selbstbestimmungsrecht eines Volkes zur Rechtfertigung institutioneller Ungleichheit, der gewaltsamen Vertreibung einer lokalen Bevölkerung oder der ethnischen Säuberung und des Genozids an einer anderen ethnischen und kulturellen Gruppe genutzt werden kann. Wir unterscheiden klar zwischen Opposition gegen Zionismus als politischer Ideologie und Antisemitismus. Wir stellen uns gegen Antisemitismus in all seinen Formen und erkennen an, dass das jüdische Volk historischer und fortdauernder Unterdrückung ausgesetzt war. Unsere Kritik richtet sich gegen ein politisches System und eine Ideologie, nicht gegen das jüdische Volk oder das Judentum.«

Beachten Sie, dass die formelhafte Unterscheidung zwischen Antizionismus und Antisemitismus hier wiederholt wird, um Antisemitismusvorwürfen vorzubeugen und Juden, die sich beleidigt fühlen könnten, zum Schweigen zu bringen. In der langen Liste der Übel, die die Welt plagen, sind nur Israel und Zionismus erwähnenswert. Nicht Klimawandel, nicht die Gefahr eines Nuklearkrieges, nicht die brutale Unterdrückung von Frauen in Afghanistan, nicht der russische Krieg gegen die Ukraine, nicht der Welthunger und verhinderbare tödliche Krankheiten, nicht die Millionen Vertriebenen und Ermordeten in der Republik Kongo. Nur Israel und Zionismus. Noch bemerkenswerter ist die Gleichsetzung von Zionismus und israelischer Politik. Tatsächlich ist Zionismus keine automatische Billigung der israelischen Politik. Es ist der Antizionismus, der Israel auf seine Politik reduziert. Und es damit leichter macht, das Land als Quelle des Bösen zu verallgemeinern.

Soweit ich weiß, wurde keine andere nationale Bewegung eines Volkes zu einem ähnlich generativen Prinzip des Bösen ge-

macht. Zum Beispiel wurde die FLN, deren Ergebnis das besonders mörderische Regime in Algerien war, nicht zu einer dämonischen Ideologie eines dämonischen Staates erklärt. Nur im Fall Israels ist das Gründungsprinzip einer Nation zu einem absoluten Antiprinzip geworden, gegen das sich Progressive aller Couleur versammeln. Normale israelische Bürger werden so zu Repräsentanten dieses kollektiven bösen Wesens gemacht. Bobby Vylan, ein englischer Punk-Sänger, drückte es in einem Song am treffendsten aus: »Death, Death, to the IDF.« Israelis sind die einzige Gruppe auf der Welt, die nicht nur boykottiert wird (»Ghettos« waren frühe Formen des Boykotts), sondern deren Tod öffentlich gefordert wird. Das liegt daran, dass Zionismus heute ein Makel und, wie der marxistische Wissenschaftler Steve Cohen sagt, transzendental geworden ist – eine prinzipielle Opposition gegen Israel, unabhängig von dessen Politik und Handlungen.

Da Zionismus den Juden ihr Selbstwertgefühl zurückgab und ihnen ermöglichte, mit erhobenem Kopf zu gehen, ist die Stigmatisierung des Zionismus etwa so, als würde man die Schwulenzbewegung oder die zur Emanzipation Schwarzer zu Quellen der Schande machen. Genau deswegen fordern Progressive eine Unterscheidung zwischen Zionisten und Juden, zwischen Antizionismus und Antisemitismus. So können sie vermeiden, was eigentlich offensichtlich ist: Zionismus ist für das Judentum, was Weizen für die Spreu ist – begrifflich unterscheidbar, in der Praxis aber kaum zu trennen. Zionismus und Judentum sind so eng miteinander verbunden, dass nur eine gesunde Portion Selbsttäuschung das Gegenteil behaupten kann. Dennoch hat die progressive Linke enorme Energie darauf verwendet, uns davon zu überzeugen, dass die Bundisten der Zeit zwischen 1890 und 1930, die eine Auswanderung nach Palästina ablehnten und den Hass der Welt durch kulturelle Autonomie in Europa überwinden wollten, denen gleichzusetzen seien, die heute Todessongs auf Israel anstimmen. Der Versuch, einen Keil zwischen Antizionismus und Antisemitismus zu treiben und zeitgenössische Antizionisten als harmlose Bundisten zu sehen, hat

enorme Verwirrung gestiftet – mit vier konkreten Folgen: Erstens wird es Juden erschwert, zu definieren, ab wann und sogar ob sie verunglimpft werden, wie es anderen Minderheitengruppen möglich ist. Juden können nicht mehr selbst bestimmen, wann ihre Würde gewahrt wird und wann nicht. Zweitens macht die Unterscheidung zwischen Antizionismus und Antisemitismus Juden nur dann akzeptabel, wenn sie dem Zionismus abschwören – so wie Christen einst von Juden verlangten, ihrem Glauben und ihrer Selbstdefinition abzuschwören, um verschont zu bleiben. Drittens führt das Misstrauen gegen jede Verurteilung des Antisemitismus als angebliche Strategie zur Förderung israelischer Interessen dazu, dass die progressive Linke einen geschlossenen Kreislauf erzeugt: Sie stellt die tautologischen Bedingungen dafür auf, sich a priori von jedem Vorwurf ethnischen, rassischen oder religiösen Hasses gegen Juden zu befreien, während sie gleichzeitig antisemitische Stereotype von Juden als verschlagene und zerstörerische Akteure reproduziert.

Schließlich schafft die Unterscheidung zwischen Antizionismus und Antisemitismus mehr Raum für Antisemitismus: Der scheinbare Keil zwischen politischer Meinung (Antizionismus) und illegitimem Hass (Antisemitismus) verschleiert die Kontinuität zwischen beiden und haucht dem Antisemitismus neues Leben ein. Genau das hat ein kürzlich erschienener Artikel von Masha Gessen in der *New York Times* geschafft: Demnach waren der Anschlag auf zwei israelische Botschaftsmitarbeiter am 21. Mai 2025 vor dem Capital Jewish Museum und der Brandanschlag auf eine proisraelische Kundgebung in Boulder nicht antisemitisch, sondern »untrennbar« mit Gaza verbunden. Also nicht von Hass, sondern von politischer Meinung motiviert. Gessens These steht für die Verwandlung von ethnischem Hass in eine respektable politische Meinung.

Wir müssen endlich mit dem doppelten Trugschluss aufräumen, dass Zionismus gleichbedeutend mit Unterstützung israelischer Politik und Antizionismus radikal verschieden von An-

tisemitismus sei. Sie sind vielleicht nicht identisch, aber sie weisen definitiv eine Familienähnlichkeit auf. Sehr viele Juden, mich eingeschlossen, haben keinerlei Schwierigkeiten, Zionist zu sein und gleichzeitig aufs Schärfste die Unmenschlichkeit des Krieges in Gaza und die Unmoral der Besatzung zu verurteilen. Wir haben kein Problem damit, Netanjahus Zynismus zu erkennen und dennoch die überwältigenden Beweise für Antisemitismus zu sehen. Netanjahu entwertet nicht die Existenz Israels, so wie Putin nicht die Russlands entwertet. Juden instrumentalisieren Antisemitismus nicht mehr oder weniger, um ihre Ziele zu erreichen, als Muslime Islamophobie instrumentalisieren, um strategische Vorteile im politischen Feld zu gewinnen. Wahrscheinlich tun sie es sogar weniger. Alle politischen und ideologischen Akteure instrumentalisieren. Es gibt nichts »Besonderes« an der angeblichen Instrumentalisierung durch Juden oder Israelis, denn politische Akteure versuchen oft, ihre Gegner auf hinterhältige oder legitime Weise zum Schweigen zu bringen.

In einer Welt ohne Antisemitismus würden weder Israels unmoralische Handlungen noch Netanjahus Zynismus den Zionismus in Frage stellen. Zionismus bedeutet, die Tatsache zu unterstützen, dass Israel – ein sehr fehlerhafter und unvollkommener Staat, wie die meisten Staaten – die legitime nationale Heimat der Juden ist. Für Antizionisten hingegen sollte gerade dieser Staat – und nur dieser – »abgeschafft« werden, physisch oder symbolisch.

Seine Bürger sollten eigentlich nicht existieren, da sie boykottiert werden müssen – also vom menschlichen Geschehen ausgeschlossen. In Wahrheit macht Antizionismus den Hass auf Israelis zur Pflicht. Die Behauptung, Antizionismus sei vom Antisemitismus zu trennen, ist kognitiv unplausibel und moralisch betrügerisch. Stellen Sie sich für einen Moment vor, es gäbe eine ganze intellektuelle Bewegung, die die Abschaffung afrikanischer Staaten fordert, sie ächtet und zu Paria-Staaten macht, sie wegen ihrer endlosen Kriege obsessiv verunglimpft und dabei hoch und heilig schwört, diese Haltung sei nicht ras-

sistisch ... Es steht zu bezweifeln, dass viele darauf hereinkommen würden.

Antizionismus verweigert Juden eine wesentliche Dimension ihrer Existenz und Selbstdefinition; er verlangt von ihnen, auf einen elementaren Bestandteil ihrer Identität zu verzichten. Mehr noch: Wie die Reaktionen auf den 7. Oktober gezeigt haben und wie Masha Gessens Artikel schmerzhaft verdeutlicht, geht es beim Antizionismus möglicherweise darum, das Töten von Juden zumindest legitimer zu machen. Genauso wie Juden in der christlichen Welt diffamiert wurden, wo sie mit Verbrechen, Gottesmord, dem Vergießen von Nichtjudenblut und Ritualmorden in Verbindung gebracht wurden, ist es nun der Zionismus, dem dieselben Attribute der Destruktivität und Kriminalität zugeschrieben wurden. Eine säkulare Ideologie, deren Ziel es war, den Juden Würde und Unabhängigkeit zurückzugeben, wird als einzigartiger Träger einer radikalen Schuld und eines Bösen herausgestellt. Keine Parolen können das Offensichtliche verbergen: Antisemitismus gibt dem Antizionismus seinen Treibstoff und seine Leidenschaft, seine wichtigsten semantischen Motive. Er ermöglicht es Antisemiten, sich besser an die vorherrschenden Normen und die vorherrschende Sprache anzupassen. Es ist an der Zeit, diese Täuschung zu entlarven.

Der Antizionismus wird uns nur daran hindern, die dringenden Aufgaben zu bewältigen, die vor uns liegen: Israels rücksichtslose Zerstörung des Gazastreifens zu stoppen, den Gazastreifen wieder aufzubauen, den Palästinensern eine humane Zukunft zu geben und einen dauerhaften Frieden in der Region zu schaffen. Solange unsere Sprache von Antisemitismus kontaminiert ist und solange wir Kritik mit einer ontologischen Ablehnung Israels verwechseln, werden wir uns nur weiter von diesem Ziel entfernen.

Aus dem Englischen übersetzt von Sara Peschke.